

Nachlese zum 10. Bundeskongress 2009 „Gepflegt altern“ WeiterDenken ist Programm



Mehr als 400 Führungs- und Leitungskräfte trafen sich in Berlin zum Leitkongress der evangelischen Altenhilfe. Dort erwarteten sie zwei informationsgefüllte Tage. Besucher aus ganz Deutschland nutzten die Gelegenheit, um sich in 22 Veranstaltungen durch mehr als 60 Referenten über die Topthemen der Branche auf den neuesten Stand zu bringen, zu diskutieren, zu streiten und fachliche Erfahrungen auszutauschen. „Das Ziel des Kongresses, eine Austauschplattform von Praktikern für Praktiker zu bieten, ist erneut erreicht worden“, resümiert DEVAP-Vorsitzender Wilfried Voigt den erfolgreichen Jubiläumskongress.

Anlässlich der Veranstaltung präsentierte der DEVAP – wie bereits in den vergangenen Kongressjahren – ein neues Diskussionspapier. Der Titel des Forderungskatalogs lautet „WeiterDenken“ und ist als Programm zu verstehen. Denn Verantwortlichen in der Altenarbeit und Pflege ist klar: Ein „Weiterdenken“ ist in allen Teilen der Gesellschaft dringend geboten. Ohne zukunftsfähige Rahmenbedingungen und deren nachhaltiger Finanzierung werden Krankheit und Pflegebedürftigkeit vor allen Dingen mit einem verbunden sein: Angst. Der Forderungskatalog richtet sich an Menschen in politischer und gesellschaftlicher Verantwortung. Das Papier beschreibt exemplarisch Gegenwärtiges, zeigt Defizite der Rahmenbedingungen für die Pflege auf, bringt aber auch neue Ideen und Lösungsansätze in die politische Debatte der Weiterentwicklung ein. Die

abschließenden Schlussfolgerungen druckt „DEVAP impuls“ hier ab.

„WeiterDenken“- Fazit

Unsere Gesellschaft darf keine starre Gesellschaft sein oder werden. Vielmehr soll sie eine lebendige, bunte Gesellschaft mit neuen, verschiedenen Lebensentwürfen und unterschiedlichen Lebensstilen sein – bis ins hohe Alter hinein. Die Ansprüche an Leistungen und an Qualität der Pflege werden wachsen. Daran müssen sich Gesetzgeber, Leistungsträger und Leistungserbringer orientieren, wenn es gelingen soll, flexible und bedarfsgerechte Beratungs-, Unterstützungs-, Pflege- und Hilfsangebote bereitzustellen und nachhaltig abzusichern.

Lesen Sie weiter auf Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,



gern blicke ich auf den 10. DEVAP-Bundeskongress „Gepflegt altern“ zurück. Und eines hat mir der Kongress vor Augen

geführt: Es besteht ein enormer Bedarf nach fachlichem Austausch. Das lässt darauf schließen, dass Verantwortlichen aus diakonischen Einrichtungen und Diensten viele Fragen, Themen und Probleme auf den Nägeln brennen. Und es zeigt, dass Leitungs- und Führungskräfte in der diakonischen Altenhilfe ein vitales Interesse daran haben, weiter nach Möglichkeiten zu suchen, wie es noch besser gelingt, die Betreuung und Pflege so zu gestalten, dass die ältere Generation mit Würde und Wertschätzung alt werden kann.

Grundlegend ist dafür die Verbesserung der Rahmenbedingungen. Uns Praktikern ist das nur allzu bewusst - Gesellschaft und Politik leider noch nicht. Dazu haben das Diakonische Werk der EKD und der DEVAP die Kampagne „Weil wir es wert sind“ gestartet, die ein großartiges Echo in Einrichtungen und Diensten gefunden hat. Innerhalb der letzten Monate ist eine wahre Flut an ausgefüllten Unterschriftenlisten in Berlin angekommen. Ich danke allen, die mitgeholfen haben, unseren Forderungen Gewicht zu verleihen.

Doch mit einer Aktion ist es nicht getan. Wir werden weiter daran arbeiten, die Situation der Pflege aufzuzeigen. Jetzt, mit der neuen Regierung, gehört es zu den wichtigsten Aufgaben des DEVAP, sich zu beteiligen und unsere Forderungen deutlich zu artikulieren.

Neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff

Mehraufwendungen verteilen

Grundsätzlich begrüßt der DEVAP, dass die neue Regierung den Mut hat, die Situation in der Altenhilfe und Pflege in den Blick zu nehmen. Sie wurde in der Vergangenheit zu oft auf die lange Bank geschoben, obgleich die drängenden Probleme unbedingt angegangen werden müssen“, erklärt Wilfried Voigt, Vorsitzender des DEVAP, zu den Koalitionsplänen für den Pflegebereich. „Es finden sich allerdings wenig konkrete Aussagen im Koalitionsvertrag. Man wird die Ergebnisse der geplanten Arbeitsgruppen abwarten müssen.“

„Ein positives Signal ist für diakonische Altenhilfeeinrichtungen und Dienste, dass die Koalitionspartner sich klar zur Einführung der neuen Definition des Begriffs ‚Pflegebedürftigkeit‘ bekennen“, sagt Voigt.

„So wird ein Paradigmenwechsel weiterverfolgt, weg von der so genannten ‚Minutenpflege‘, hin zu einer umfassenden Bedarfsermittlung nach dem Grad der Selbständigkeit. Jetzt muss dieser Ansatz verwirklicht werden, ohne noch Zeit mit aufwendigen Prüfverfahren zu vertun. Eine gerechtere Verteilung der Leistungen ist überfällig. Die betroffenen bisher nicht leistungsberechtigten pflegebedürftigen Menschen und ihre Angehörigen warten darauf schon lange.“

Voigt weiter: „Wir brauchen dazu eine Reform, die die Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs gesetzlich verankert, ohne dass eine Gruppe von Pflegebedürftigen benachteiligt wird. Die Umsetzung der neuen Definition wird nicht kostenneutral sein; die Mehraufwendungen müssen solidarisch auf alle Schultern verteilt werden. Darum begrüßen wir die Gründung eines Kapitalstocks – denn wir brauchen mehr Geld im System. Die Ergänzung des derzeitigen Umlageverfahrens durch den Aufbau eines zusätzlichen Kapitalstocks ist sinnvoll - wobei die Eigenverantwortung der Bürger bei Bedürftigkeit ergänzender staatlicher Unterstützung bedarf.“

Es gibt wichtige Handlungsfelder, die sich weiterentwickeln müssen, damit die Pflege und die Betreuung zukunftsfähig wird. Hier ist die Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs ebenso aufzuführen wie das Problem der Personalgewinnung und -bindung und eine leistungsgerechte Vergütung für die Mitarbeitenden in der Pflege. Allen Handlungsfeldern ist gemeinsam: Das Thema Finanzierung spielt eine große Rolle. Es zeigt sich, dass die heutigen Rahmenbedingungen nicht geeignet sind, um die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen. Deshalb müssen stabile Rahmenbedingungen für die Entwicklung, Ausgestaltung und Finanzierung von Wohnen im Alter, Pflege und Betreuung sowie die Integration von Senioren als gesamtgesellschaftliches Anliegen begriffen und geschaffen werden. Ohne eine nachhaltig gesicherte Finanzierung können die Menschen nicht ohne Angst alt werden. Wir alle müssen weiterdenken. Nicht: Was darf Pflege und Betreuung kosten? Wer soll das bezahlen? Sondern auch: Was muss Pflege und Betreuung kosten? Wie wollen wir gemeinsam die Finanzierung regeln?

WeiterDenken ist Chefsache

Die neue Bundesregierung muss diese Fragen aufnehmen, zur Chefsache machen und eine neue Pflegereform in Angriff nehmen. Eine Reform, die einerseits die Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes gesetzlich verankert, ohne dass die Pflegebedürftigen benachteiligt werden und andererseits die erforderlichen Mehraufwendungen, die die

Implementierung der neuen Definition nach sich zieht, solidarisch auf allen Schultern verteilt.

Der DEVAP empfiehlt für die Weiterentwicklung der Finanzierung der Pflegeversicherung ein Mischsystem, das u.a. darin bestehen kann:

- Beibehaltung der Grundprinzipien der Sozialversicherung, d. h. individuelle Risiken werden solidarisch durch eine Umlagenfinanzierung abgedeckt,
- die Erweiterung der Finanzierungsbasis der Pflegeversicherung auch über das Arbeitsentgelt hinaus (z. B. Kapital- und Mieterträge),
- die Ergänzung des derzeitigen Umlageverfahrens durch den Aufbau eines zusätzlichen Kapitalstocks (wobei die Eigenverantwortung der Bürger bei Bedürftigkeit ergänzender staatlicher Unterstützung bedarf)
- die Überprüfung der Angemessenheit der bestehenden Trennung zwischen sozialer und privater Pflegeversicherung.

Der DEVAP stellt sich der Mitverantwortung für eine nachhaltige Entwicklung und Sicherung der Pflegeversicherung. Er wird seinen Beitrag dazu leisten, sich fachlich und konzeptionell einbringen. Lassen Sie uns gemeinsam WEITERDENKEN und die Zukunft von Pflege, Betreuung und Versorgungssystemen miteinander gestalten.

Die vollständige, kostenfreie Broschüre „WeiterDenken“ können Sie über www.devap.de bestellen.

Kongressforum „Die Neudefinition des Pflegebedürftigkeitsbegriffs“

Es gibt kein Zurück

„Hinter den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff kann die Politik nicht zurück“. Das war die Einschätzung, die Dr. h.c. Jürgen Gohde, Vorsitzender des Beirats zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs und Christian Berringer vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) als Kenner der politischen Landschaft mitbrachten. Mehr ließ sich zum aktuellen Stand der Entwicklung, elf Tage vor der Wahl, nicht sagen. Aber immerhin: Sowohl die Bundeskanzlerin, die der CDU vorsteht, als auch die Bundesgesundheitsministerin, die der SPD angehört, äußern sich ausdrücklich positiv zum Arbeitsergebnis des Beirates und kündigen eine Umsetzung an. Damit seien, so Gohde, die Realisierungschancen so groß wie seit 20 Jahren nicht.

Nun, nach der Wahl, wissen wir etwas mehr: Im jetzt vorliegenden Koalitionsvertrag gibt es ein klares Bekenntnis zu einer „differenzierteren Definition der Pflegebedürftigkeit.“ Allerdings wollen die Koalitionspartner zuerst die Auswirkungen der bestehenden Ansätze auf die Gestaltung der Pflegeversicherung und auch die Zusammenhänge mit anderen Leistungssystemen überprüfen.

Die Referenten erinnerten daran, dass die Arbeit des Beirats als Teil eines umfassenden Reformprozesses der Pflege zu verstehen ist. Er geht bereits auf die Koalitionsvereinbarungen aus dem Jahr 2005 zurück und hatte 2006 die Beauftragung des Beirates zur Folge. Den Hintergrund für die angestrebte Reform bildete die Auseinandersetzung mit der demographischen Entwicklung und den darauf fußenden Be-

rechnungen des zukünftigen Arbeitskräftebedarfs in der Pflege sowie damit verbundenen Kostenhochrechnungen.

Mit Zufriedenheit stellte Beiratsvorsitzender Jürgen Gohde fest, dass durch den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff „mehr Gerechtigkeit“ geschaffen werde. Die bisherige reine Defizitorientierung, die sich ausschließlich auf den somatischen Bereich beschränkte, weicht dem Leitbild der Selbständigkeit und damit verbundenen Potentialen und Entwicklungsmöglichkeiten. Endlich werden alle Faktoren berücksichtigt, die die Selbständigkeit eines Menschen beeinträchtigen können und Pflege nötig machen, seien sie somatisch, psychisch oder kognitiv. Ebenso wird die Orientierung der Leistungen an „Verrichtungen“ durch eine umfassendere, an sehr unterschiedlichem Unterstützungsbedarf ersetzt. Fünf Bedarfsgrade lösen die bisherigen drei Pflegestufen ab. Acht sehr differenzierte Module der Begutachtung führen zur Erhebung des Bedarfsgrades. Hier werden unter anderem „kognitive und kommunikative Fähigkeiten“ und „Verhaltensweisen“ eingeschätzt und bilden damit eine besondere Pflegebedürftigkeit ab, z.B. von Menschen mit Demenz. Auch die möglichen Folgen der Umsetzung im Blick auf die Kosten hatte der Beirat mitzudenken und mitzurechnen. Mehrere Modellrechnungen wurden erstellt, einmal mit der Auflage der Kostenneutralität, einmal unter Berücksichtigung

von zu erwartenden Mehrkosten. Soll es auch bei der Umsetzung der neu erhobenen Bedarfsgrade bei dem bisherigen Leistungsspektrum bleiben, ist dies ohne Mehrkosten nicht zu bewerkstelligen. Anderenfalls müssen Minderleistungen in Kauf genommen werden.



Jürgen Gohde beschwor die Vorteile von Quartierskonzepten und der Vernetzung von Versorgungsstrukturen. Hier solle die Diakonie sich engagieren und innovativ tätig werden. Letztlich werde es um die Rolle der solidarischen Finanzierung auf der einen und die Rolle der Eigenvorsorge auf der anderen Seite gehen. Es gibt kein Zurück, - doch was „da vorne“ kommt, ist noch nicht ausgemacht!

Barbara Heller
Leitende Pfarrerin
Ev. Altenhilfe Gesundbrunnen-Hofgeismar
tel: 05671 882-200
mail: barbara.heller@gesundbrunnen.org

Kongressforum „Der Mindestlohn – bisherige Erfahrungen“

Für gerechte Lohnstrukturen, aber wie?

Willi Zylajew, pflegepolitischer Sprecher der CDU- /CSU-Fraktion, sprach den Zuhörern des Kongress-Forums „Der Mindestlohn – bisherige Erfahrungen“ aus der Seele, als er sich vehement für ein besseres Image der Pflege in der Gesellschaft aussprach. Nicht ganz ungeteilt war dagegen die Zustimmung, als der Pflegepolitiker sich für einen Mindestlohn in der Pflege von „zehn Euro plus X“ aussprach – das aber, wohl gemerkt, seiner persönliche Auffassung nach.

Der inzwischen wieder gewählte CDU-Abgeordnete war sicher, dass die einen Tag vor Beginn des Bundeskongresses berufenen Mitglieder der Kommission einen Vorschlag unterbreiten werden, der jenseits der zehn Euro pro Stunde liegt. Nur in dieser Höhe, so Zylajew weiter, sei gewährleistet, „dass die Mitarbeiter in der Pflege auch davon leben können und nicht auf Lohnersatzleistungen angewiesen sein werden“. An die Kirchen appellierte er, „redliche Arbeitgeber“ zu bleiben und ein faires Mindestlohn-Angebot in der Kommission vorzulegen.

Hans-Peter Hoppe, Vorsitzender des diakonischen Dienstgeberverbandes Niedersachsen und Vorstand der Diakonie Kästorf, brachte die Kostenseite in die Diskussion ein: „Bei uns in Niedersachsen geht es nur noch um das Überleben der Altenhilfe.“ Der

Kostendruck auf die diakonischen Einrichtungen sei enorm. Dennoch mache sich die Diakonie stark gegen Lohndumping und ebenso stark für gerechte Lohnstrukturen in der Pflege. Gleichzeitig warnte Hoppe, dass der Mindestlohn in der Pflege nicht zum „Standardlohn“ werden dürfe. Gegen die flächendeckende Einführung des Mindestlohns in der Pflege machte er verfassungsrechtliche Bedenken – Eingreifen des Staates in die Tarifautonomie und den in Kirche und Diakonie weitgehend eingeführten Dritten Weg – geltend. Dennoch auch von Hoppe eine klare Aussage: „Ja, wir wollen den Mindestlohn in der Pflege!“

Dr. Kurt A. Holz
Journalist, Monheim am Rhein
tel: 02173 30118

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Wahl ist vorbei, der Koalitionsvertrag unterschrieben. Vieles, was sich die neue Regierung vorgenommen hat, ist sehr begrüßenswert. Es scheint, als habe die Regierung den Mut, die schwierige Situation in der Altenhilfe und Pflege in den Blick zu nehmen. Die hinlänglich bekannten drängenden Probleme durch die schlechten Rahmenbedingungen und die Alterung der Gesellschaft müssen angegangen werden.

Allerdings lässt der Koalitionsvertrag konkrete Aussagen zur Umsetzung vermissen. Die Ergebnisse der zahlreichen geplanten Arbeitsgruppen müssen abgewartet werden - das kann lange dauern.

Dabei besagt eine Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach, dass 71 Prozent der Befragten meinen, das Thema Pflege würde von der Politik vernachlässigt. Die große Mehrheit der Bundesbürger ist davon überzeugt, dass im Bereich der Pflege verstärkte Anstrengungen von Seiten des Staates und der Politik notwendig sind. Lediglich kleine Minderheiten in allen Bevölkerungskreisen sind der Ansicht, dass das Thema in der Politik den notwendigen Stellenwert einnimmt. Die große Mehrheit, vor allem derjenigen, die selbst pflegebedürftige Angehörige haben, ist davon überzeugt, dass dieser Bereich von der Politik vernachlässigt wird und zur Sicherstellung und Verbesserung der Pflegesituation in Deutschland mehr getan werden müsste.

Die neue Regierung hat mit ihrer Wahl nun diesen Auftrag aus der Gesellschaft bekommen. Die Pflegesituation muss realistisch betrachtet werden und es müssen vernünftige Lösungen gesucht werden. Lösungen für eine nachhaltige Entwicklung und Sicherung der Pflegeversicherung. Und Lösungen für die Refinanzierung einer tarifgerechten Bezahlung.

Der DEVAP wird seinen Beitrag dazu leisten und sich in die jetzt beginnenden politischen Prozesse fachlich und konzeptionell einbringen.

Es grüßt herzlich
Imme Lanz

EKFuL-Fachtagung

Beratung für Betroffene von Gewaltherrschaft in Diktaturen

Zwanzig Jahre nach der Wende - dieses Datum nimmt die Evangelische Konferenz für Familien- und Lebensberatung e.V. Fachverband für Psychologische Beratung und Supervision (EK-FuL) als Anlass, eine Fachtagung zum Thema der „Diktaturfolgenberatung“ durchzuführen. Keine Diktatur ist ohne Folgen für die Menschen, die in ihr gelebt haben und von den Erfahrungen geprägt wurden. Festzustellen ist, dass es eine wachsende Zahl von Menschen mit mannigfachen Erfahrungen gibt. Mit Beschädigungen, die die politische Unfreiheit ihnen zugefügt hat, die weiterwirken und oft nachhaltig die aktuellen Lebensmöglichkeiten beeinträchtigen.

Die Erfahrungen der Beratungsstellen, vor allem in den neuen Bundesländern, zeigen, dass in der Regel Ratsuchende sich nicht mit der Thematik „Diktatur-Unrecht“ anmelden. Jedoch wird in der Beratung deutlich, dass bei ganz anderen Themen unbewältigte Erfahrungen, z. B. in der DDR oder im Nationalsozialismus, zur Sprache kommen, die als hemmend für das Leben heute erlebt werden. Erfahrungen bis hin zu traumatischen Erlebnissen haben ihre Spuren in der Seele hinterlassen und prägen bis heute.

Die EKFuL lädt ein, sich mit dem Thema der „Diktaturfolgenberatung“ auseinanderzusetzen und die Situation der Ratsuchenden und die gesellschaftlichen Hintergründe zu diskutieren und zu reflektieren. Die Fachtagung bietet ein Forum, sich über die derzeitige Situation der fachlichen Angebote auszutauschen sowie die Möglichkeit einer Integration von unterschiedlichen Unterstützungssystemen zu erkunden. U. a. geht es um die Sensibilisierung von Fachkräften für den Umgang mit traumatisierten NS-Verfolgten in der Altenpflege und -hilfe.

Termin: 3.-4. Dezember 2009 in Berlin.
Infos: www.ekful.de

Kongressforum „Herr Tur Tur“ und die Pflege...

Ist § 87b SGB XI ein Scheinriese?

Mitte Juli teilten die Bundesminister Schmidt und Scholz der Öffentlichkeit mit, dass die Pflegeversicherungsreform durch den neuen § 87b SGB XI dreifache Wirkung zeige: die Lebensqualität der betroffenen Heimbewohner werde verbessert, die Pflegefachkräfte würden unterstützt und Arbeitsplätze geschaffen. Das klang ganz so, als sei Paragraph 87b ein wahrer Riese. Oder stellt sich die Neuerung vielleicht doch nur als „Scheinriese“ heraus, wie die Figur „Herr Tur Tur“, die Jim Knopf und Lukas dem Lokomotivführer im gleichnamigen Kinderbuch aus der Ferne so riesig erscheint, beim Herannahen aber schrumpft?



Erika Stempfle, Mitarbeiterin im Diakonischen Werk der EKD, klärte über die Entstehungshintergründe der Neuregelung auf. Menschen, die zum Personenkreis nach § 45a SGB XI zählen, konnten schon seit 2002 zusätzliche Betreuungsleistungen in Höhe von bis 460 Euro je Kalenderjahr in Anspruch nehmen. Im Zuge der SGB XI-Reform wurde ein solcher Anspruch auch für Personen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz in Heimen begründet. Das DW der EKD, weitere Wohlfahrtsverbände und andere hatten sich vorher gegen eine Leistungsbegrenzung auf die häusliche Pflege ausgesprochen. Im Ergebnis einer Vereinbarung während der Gesetzesberatung wurde Paragraph 87b formuliert, der nun auch Menschen in stationären Pflegeeinrichtungen erfasst.

Welch steiniger Weg von den Einrichtungsträgern begangen werden musste, veranschaulichte Ute van Beuningen vom Diakonischen Werk in Bayern. Die gebotene rasche und unbürokratische Umsetzung des § 87 b SGB XI, bei der die tariflichen Gegebenheiten der Leistungserbringer zu berücksichtigen waren, fand in Bayern wie anderswo nicht statt, sagte sie rückblickend. So seien die bayerischen Pflegekassen erst im Juni 2009 durch verschiedene Schiedsstellenbeschlüsse dazu gebracht

worden, ihre Blockadehaltung aufzugeben. Aktuell klagten die bayerischen Einrichtungen über einen unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand und erhebliche Schwierigkeiten bei der Abrechnung der Vergütungszuschläge, berichtete sie.

Diese Erfahrungen wurden von vielen Besuchern des Forums bestätigt, wie auch von Margaretha Eidam, Heimleiterin des Elisabethenhofes in Marburg. Sie berichtete über die Umsetzung der zusätzlichen Betreuung in ihrem Haus. Unter fachlichen Gesichtspunkten sei dort eine Billig-Betreuung, die zudem noch die Arbeitslosenstatistik entlasten sollte, nicht in Frage gekommen. In ihrer Einrichtung mit gerontopsychiatrischem Schwerpunkt gelang es, Fachkräfte so einzusetzen, dass die zusätzliche Betreuung auf hohem fachlichem Niveau stattfinden kann.

Die Präsentation einer Erhebung zur Bewertung des neuen Leistungsangebots in den Häusern der Ev. Altenhilfe Gesundbrunnen durch Denis Oswald zeigte eindeutige positive Auswirkungen auf das allgemeine Wohlbefinden, den physischen Zustand und auf die Stimmung der zusätzlich betreuten Menschen. Angehörige nahmen die Angebote wahr und gaben zustimmende Rückmeldungen. Weil die zusätzlichen Betreu-

ungskräfte sich abseits von aufgaben- oder verrichtungsbezogenen Kontakten den Menschen voll zuwenden könnten, erzielten sie mit scheinbar einfachen Mitteln verblüffende Ergebnisse. Allerdings, so Oswald, habe man viele zusätzliche Betreuungskräfte aus dem bereits vorhandenen Personal gewonnen, teilweise würden sogar erfahrene Fachkräfte eingesetzt. Dass die gemessene Leistung mit Menschen erreicht werden könnte, die bislang keine Anstellung haben und sich in dem Arbeitsbereich engagieren wollen, bezweifelten auch viele Besucher des Forums.

So kann die neue Regelung nicht als Scheinriese bezeichnet werden. In ernsthaft bemühten Einrichtungen, die eine fachlich qualifizierte Betreuung anbieten, trägt sie zur besseren Versorgung dementiell erkrankter Menschen in Heimen bei. Aber von

Altenpflege und ihr professioneller Partner Seelsorge

Sterben begreifen

Im Konzept des Palliativ Care sind Seelsorge, Krankenpflege und ärztliche Begleitung sterbender Menschen aufgefordert, kooperativ zusammenzuarbeiten. Für Seelsorge bedeutet die Einbindung in ein multiprofessionelles Team eine deutliche Herausforderung: Sie muss sich fragen, wie sie sich zugleich ins Team einbringen, den sterbenden Menschen im Blick behalten, die anderen Teammitglieder unterstützen kann, ohne dabei ihr Eigenstes zu verlieren.

In einem eindrucksvollen Referat stellte Prof. Dr. Drechsel ein Konzept von Seelsorge vor, das als Plattform zur Kooperation der verschiedenen Professionen dienen kann. Seelsorge ist nach diesem Konzept keine Methodik, sondern eine Haltung, die ihrem Gegenüber das Gefühl umfassender Akzeptanz entgegenbringt. Das bedeutet, Seelsorge hat den Sterbenden in allen Phasen und Aspekten seines Lebensendes wahrzunehmen und zu begleiten. Diese Haltung ist nicht allein dem Theologen vorbehalten, sondern findet sich im Handeln aller im Team beteiligten Berufsgruppen wieder. Prof. Drechsel gelang es, in gut verständlicher Sprache Bedingungen und Möglichkeiten professioneller Seelsorge zu beschreiben.

In der anschließenden Diskussion wurde gefragt, wie der Seelsorger die Frage nach dem Leben nach dem Tod beantwortet – eine zentrale Frage, deren Antwort individuell, im seelsorglichen Gespräch gefunden werden muss. Ein anderer Diskussionspunkt berührte die Frage nach Spannungen zwischen den Professionen: Es kommt immer wieder vor, dass Ärzte und Pfleger gegenüber dem Seelsorger, der in der Regel über deutlich mehr Zeit verfügt als sie, Neid entwickeln. Ebenso erleben sich ehrenamtliche Hospizhelfer oft in einer Kon-

ihren wird auch ein deutliches „Krisensignal“ ausgesendet. Sie macht den Mangel im bisherigen System sichtbar(er). Gute Pflege und Betreuung erfordern entsprechende Rahmenbedingungen. Zwischen einer guten Personalausstattung und der Pflegequalität besteht ein enger Zusammenhang. Dabei reicht es nicht, den Personalbestand einfach nur zu vergrößern. Eine qualifizierte Ausbildung und die Entlastung der Pflegenden von pflege- und betreuungsfremden Aufgaben sind neben anderen wesentliche Elemente für die Zukunft einer guten Pflege.

**Ralf Sichler, Referent der Geschäftsleitung
Ev. Altenhilfe Gesundbrunnen
tel: 05671 882-201
mail: ralf.sichler@gesundbrunnen.org**

kurrenzsituation mit dem Seelsorger. Von Ärzten wird nicht selten die Frage nach der Professionalität seelsorglicher Begleitung gestellt. Probleme, die sich nur aufheben lassen, wenn Seelsorge gut in der jeweiligen Institution verortet ist.

Pfarrer Alexander Brodt-Zabka berichtete anschließend von einem Projekt zum Thema Palliativ Care und Seelsorge, über das nach einer Laufzeit von zwei Jahren nun ein ausführlicher Bericht vorliegt. Abgerundet wurde das Forum durch den Bericht von Dr. Ingmar Hornke über konkrete Erfahrungen mit der Umsetzung des Palliativ Care Konzeptes in Hanau. Manche Fragen, die sich aus den eher theoretischen Vorträgen der beiden anderen Referenten ergaben, ließen sich anhand der konkreten Praxiserfahrung, die Dr. Hornkes Referat zugrunde lag, beantworten.

**Pfarrer Thomas Feld
Theologischer Vorstand
Diakonisches Werk der Ev.-Luth. Kirche
Oldenburg e.V.**

Jetzt als CD-ROM

Qualitätsentwicklung in der Offenen Altenarbeit

Seit 2005 gibt es den Leitfaden zur Qualitätsentwicklung. Das gemeinsam vom Diakonischen Werk der EKD, dem DEVAP und der EAfA entwickelte Handbuch liegt jetzt in einer überarbeiteten Version vor. Beiträge zu Themen wie Leben und Wohnen im Alter, Kultur auf Rädern, Fundraising, Interkulturelle Öffnung, Projektmanagement oder Sucht im Alter sind neu hinzugekommen und tragen der rasanten Entwicklung dieses Arbeitsfeldes Rechnung.

Neu ist außerdem eine umfangreiche Sammlung von Dokumenten für die praktische Arbeit. Checklisten, Antragsformulare, Musterverträge, usw. erleichtern Planung und Organisation von Veranstaltungen oder Maßnahmen vor Ort und ersparen die zeitaufwendige Suche nach Vorlagen und Planungshilfen. Der Qualitätsleitfaden ist ab Oktober 2009 als CD-ROM erhältlich, die Acrobat-PDF-Dateien können ausgedruckt oder am Monitor gelesen und mit Lesezeichen navigiert werden.

Die CD-ROM ist für 15.00 € beim Zentralen Vertrieb des Diakonischen Werkes der EKD zu beziehen:

**Bestellnummer: 90 660 03 CD-ROM
mail: vertrieb@vertrieb.de
fax: 0711-79 77 502
Diakonisches Werk der EKD
Zentraler Vertrieb
Karlsruher Str.11
70771 Leinfelden-Echterdingen**

Besitzer des bisherigen Qualitätsleitfadens haben die Möglichkeit, beim Zentralen Vertrieb nur den gedruckten neuen Ergänzungsteil, ebenfalls mit Musterverträgen usw. zum Preis von 10.00 € zu erwerben. Dieser Ergänzungsteil ist bereits gelocht und kann problemlos in den vorhandenen Ordner eingheftet werden. Der gedruckte Ergänzungsteil ist unter der Bestellnummer 0 103 112 Ergänzungslieferung erhältlich.

Fachtag

Ärztliche Versorgung in Pflegeeinrichtungen

Alte Menschen, die in Pflegeheimen leben, brauchen eine gute ärztliche Versorgung. In der Praxis wurden in den letzten Jahren Defizite beobachtet, die auch wissenschaftliche Studien bestätigen. Inzwischen haben Gesundheitspolitik und ärztliche Selbstverwaltung reagiert: Es gibt neue Kooperationsmöglichkeiten zwischen Arztpraxen und Pflegeeinrichtungen sowie neue Vergütungsregelungen für die ärztliche Tätigkeit im Heim.

- Welche gesundheitliche Versorgung brauchen pflegebedürftige Menschen aus ärztlicher Sicht?
- Was ist ihnen und ihren Angehörigen besonders wichtig?
- Sind die neuen Regelungen zielführend?
- Wie gut gelingt die fachärztliche Versorgung pflegebedürftiger Menschen?
- Welche Formen der Zusammenarbeit zwischen Arztpraxen und Pflegeheim bewähren sich?
- Was können Pflegeeinrichtungen in Regionen tun, in denen es wenig Ärzte gibt?
- Welche Bedeutung haben Krankenhäuser bei der Versorgung pflegebedürftiger Menschen?

Diese Fragen stehen im Mittelpunkt der Tagung, zu der das Diakonische Werk der EKD und der DEVAP am 27. Januar 2010 nach Kassel einladen. Die Tagung wendet sich insbesondere an Fach- und Führungskräfte in der stationären Altenhilfe, aber auch an Ärztinnen und Ärzte, die schwerpunktmäßig in der Versorgung alter Menschen tätig sind.

Interessenten sind herzlich eingeladen. Weitere Informationen, Flyer und Anmeldeformular sind über die DEVAP-Homepage erhältlich.

Termin: 27. Januar 2010, Kassel
Anmeldung/Abmeldung bis zum 18. Januar 2010

Kongressforum: „Pflegebranche und Finanzmarktkrise“

Berührt, aber nicht erschüttert?

In Deutschland leiden weiterhin viele Wirtschaftsbranchen unter der Finanzkrise. Sind auch soziale Unternehmen betroffen? Und wenn ja, inwiefern? Diesen Fragenkomplex beleuchtete als Finanzexperte der Vorstandsvorsitzende der Bank für Sozialwirtschaft, Prof. Dr. Dr. Rudolf Hamerschmidt. Neben einer allgemeinen, sehr verständlichen Schilderung der Ursachen der Finanzmarktkrise und den daraus resultierenden Auswirkungen auf das Bankgeschäft, zeigte er die Zusammenhänge auf, über die die Krise auf die Pflegebranche wirkt.

Hinsichtlich der direkten Beziehung der Pflegebranche zum Finanzmarkt konstatierte der Gastredner: Unternehmen der Altenhilfe sind hinsichtlich der Finanzierung zunehmend auf den Kredit- und Kapitalmarkt angewiesen. Daher sind verschärfte Kreditbedingungen und Störungen bei der Verfügbarkeit von Beteiligungskapital auch für den Pflegesektor mit Herausforderungen verbunden. Darüber hinaus ist die Branche auch indirekt von den Konsequenzen der Krise betroffen, die über die öffentlichen Haushalte, die Sozialversicherungen, die realwirtschaftlichen Unternehmen und die privaten Haushalte als Finanzierungsträger und Nachfrager vermittelt werden.

Abschließend wies Prof. Dr. Dr. Hamerschmidt auf den speziellen Handlungsbedarf in Folge dieser Entwicklung hin. Neben kurzfristigen Reaktionen geht es seiner fachlichen Einschätzung nach für die Sozialunternehmen um die Berücksichtigung langfristiger Veränderungen: Insbesondere werden sie ihre mittelfristigen Finanz- und Investitionsplanungen überprüfen müssen. Der zunehmende Kostendruck und Preiswettbewerb fordert die Anbieter nicht nur zu Rationalisierungen heraus; vielmehr kommt es darauf an, kundenorientierte Angebote zu entwickeln. Die Entstehung neuer Geschäftsmodelle wird sich als Folge der Finanzmarktkrise beschleunigen. Aufgrund der immer geringer werdenden Finanzierungsunterstützung durch die öffentliche Hand und den möglicherweise erschwerten Bedingungen zum Zugang von Krediten werden alternative Finanzierungsformen, wie z.B. Leasing und Factoring, an

Bedeutung gewinnen. Sicher werden in Zukunft auch andere Finanzierungsquellen zu erschließen sein, wie z.B. die Gewinne aus eigener Leistungserbringung oder auch das Einkommen und Vermögen der Leistungsempfänger.

Außerdem werden sich die Anforderungen der Mittelgeber verschärfen. So werden sie z. B. in Zukunft verstärkt Wert darauf legen, dass die Mittelnehmer adäquat mit Eigenkapital ausgestattet sind, eine leistungsfähige Unternehmenssteuerung und -planung haben und dem Investitionsprojekt ein solider Businessplan zugrunde liegt. Ein weiterer zu berücksichtigender Faktor wird die Ausstattung unseres Sozialversicherungssystems sein. Die Akteure des Altenhilfe-/Pflegesektors müssen sich politisches Gewicht verschaffen und darauf hinweisen, dass zukünftig nur „die politische Prioritätensetzung und die öffentliche Regulierung eine bedarfsgerechte Versorgung und solides Wirtschaften ermöglichen kann“.

Alles in allem lässt sich zusammenfassen, dass die Finanzmarktkrise die Pflegebranchen berührt, sie aber nicht so stark erschüttert wie andere Wirtschaftszweige. Dennoch verschärfen sich auch für Sozialunternehmen die wirtschaftlichen Bedingungen. Das erfordert eine höhere strategische und planerische Kompetenz.

Thomas Doerr
Vorsitzender der Geschäftsführung der
Johanniter Seniorenhäuser GmbH, Berlin
mail: info@jose.johanniter.de



Mit Falten & Facetten: Alte spielen mit alten Spiegelbildern

Standing Ovations für Altentheater

Sie sind zwischen 64 und 93 Jahre alt. Sie stehen zu ihren Falten. Sie entfalten sich auf der Bühne. Mit Lust am Spiel. Auf den Brettern, die die Welt bedeuten, inszenieren sie ihre eigene Welt. Mit selbstironischer Distanz, so, als würden sie dem Publikum zuflüstern: „Das alles kennen wir schon. Alles halb so wild.“ Es ist wohl dieses kleine Augenzwinkern, das das Altentheater im Freien Werkstatt-Theater (FWT) Köln so erfolgreich macht: Was die Alten auf der Theaterbühne darstellen, haben sie schon auf der Bühne des Lebens erlebt. Das macht sie glaubwürdig. Und das macht auch ihren Erfolg aus: Mit begeistertem Beifall wurde auch ihre Aufführung während des DEVAP-Bundeskongresses bedacht.



Talentierte und routinierte agieren die 24 Akteure wie Profidarsteller - obwohl sie alle eigentlich Laien sind. Die Berliner Aufführung bestand aus mehreren kurzen Szenen, die sich die Darsteller selbst ausgedacht hatten: Stücke, die das Leben schrieb. Die vielen kleinen Geschichten bilden ein Kaleidoskop ihres Daseins im Alter, eine Reflexion der eigenen Lebensgeschichte – ein gelungenes Mosaik aus Szenen, Musik und choreographischen Elementen, wehmütig, nostalgisch, besinnlich, doch auch heiter und frech.

Es geht um Liebe und Vertrauen, Sehnsucht und Hoffnung, Krieg und Frieden, Traum und Realität. Gerade das Wechselspiel zwischen Sein und Schein macht das Ganze spannend. Vorurteile der Gesellschaft gegenüber dem Alter werden dabei ironisch reflektiert, so etwa das ewige Klischee „Alter-Mann-jagt-junge-Frau“, Stereotypen wie „Alter genießt Wellness“ oder „Gierige Alte stürzen sich auf's Buffet“.

Das Freie Werkstatt Theater – FWT – gegründet 1977, ist eines der ältesten freien Theater Deutschlands und mit seinem besonderen Konzept auch im Ausland bekannt. Seit 1979 macht es als erstes Theater in der Bundesrepublik neben seiner Theaterarbeit mit Profis auch kontinuierlich

Theater mit älteren und alten Menschen und gemischtaltrigen Gruppen. Das Altentheater, geleitet vom künstlerischen Leitungsteam des FWT, Ingrid Berzau und Dieter Scholz, wurde mehrfach prämiert; so gewann es 2008 den Hauptpreis des Otto-Mühlschlegel-Preises 2007/2008 „Zukunft Alter“ der Robert Bosch Stiftung; ein Jahr davor wurde das Altentheater als Zukunftsprojekt im Rahmen des Robert Jungk Preises 2007 ausgezeichnet.

Zu Recht. Denn das Altentheater ist originell und kurzweilig. Und eigenwillig – wie seine Akteure. Unverzagt und doch verletzlich, selbstbewusst und selbstironisch zeigen sie das Alt-Sein. Mit all seinen Falten und Facetten. In einer Gesellschaft, die Falten verdrängt, verdient allein das schon Anerkennung.

Weitere Auskünfte finden Interessierte im Internet unter www.fwt-koeln.de.

Christina Kamner-Geyler
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Johannes Seniorendienste e.V., Bonn
presse@jsd.de

Neuer Diakonie-Text

Leistungs- und Qualitätsmerkmale im SGB XI

Die Handreichung bietet eine Argumentationshilfe zu den Pflegesatzverhandlungen in der zurzeit laufenden Diskussionen mit Kostenträgern und vor der Schiedsstelle.

Das Diakonische Werk der EKD kritisiert den zunehmenden Preiswettbewerb unter Pflegeeinrichtungen sowie die Unterfinanzierung des Pflegesektors. Denn sie führen zu einer reduzierten Personalausstattung der Einrichtungen, die wiederum eine hohe Belastung der Pflegekräfte und einer verbesserungsbedürftigen Betreuung von pflegebedürftigen Menschen nach sich zieht.

Mit Sorge wird auch gesehen, dass die Verhandlungen zwischen Kostenträgern und Leistungserbringern oft nicht als Verhandlungen auf Augenhöhe geführt, sondern von den Kostenträgern mit Landesdurchschnittswerten dominiert werden.

Die Ermittlung von Pflegevergütungen auf Basis eines externen Vergleiches – im Sinne eines ausschließlichen Preisvergleichs – fördert zudem nicht den Wettbewerb, sondern führt zu Einheitssätzen, die zugleich eine Regulierung durch die Kostenträgerseite sind.

Damit hat sich der externe Vergleich weder als System in der Breite, noch als Vereinfachungsinstrument für die Schiedsstellen bewährt. Das Diakonische Werk der EKD setzt sich für eine leistungsgerechte Vergütung der Einrichtungen ein, die bei wirtschaftlicher Betriebsführung prospektive Kosten vollständig deckt. Staat und öffentliche Kostenträger haben eine solche Finanzierung aus verfassungs- und sozialrechtlichen Gründen sicherzustellen. Die Studie dient dazu, die aktuelle Rechtslage zu klären und die Maßstäbe für Pflegesatzverhandlungen deutlich zu machen.

Informationen zum Bezug sind im Internet unter www.diakonie.de (Veröffentlichungen) erhältlich.

50 Meter für die Zukunft guter Pflege

Mit einer außergewöhnlichen Aktion machten sich am 18. September, einen Tag nach dem DEVAP-Bundeskongress, Pflegekräfte diakonischer Einrichtungen vor dem Reichstag für die Zukunft der Pflege stark: „Weil wir es wert sind“ - so stand es in einem übergroßen, 50 Meter langen Schriftzug zu lesen, zusammengesetzt aus Fotos tausender Pflegekräfte.

Mit der gleichnamigen Kampagne setzen sich das Diakonische Werk der EKD und der DEVAP gemeinsam mit Pflegekräften, Pflegebedürftigen und der Bevölkerung für die finanzielle und ideelle Anerkennung der Pflege ein. Klaus-Dieter Kottnik, Präsident der Diakonie, und DEVAP-Vorsitzender Wilfried Voigt, präsentierten vor dem Reichstagsgebäude die Unterschriften und Bilder von Menschen, die die Forderungen der Diakonie für eine würdevolle und qualifizierte Pflege unterstützen. In Buchform wurden diese allen Bundestagsparteien übergeben. Mehr als 20.000 Menschen beteiligten sich in den ersten vier Monaten an der Aktion.

Die Unterschriften stehen stellvertretend für mehr als 800.000 Beschäftigte in der Pflege und 2,25 Millionen Pflegebedürftige in Deutschland. „Sie sind ein klares Signal und ein Handlungsauftrag für die kommende Legislaturperiode“, betonte Klaus-Dieter Kottnik. „Wir fordern die Parteien und den Deutschen Bundestag auf, sich mit den künftigen Herausforderungen an die Pflege auseinanderzusetzen. Die bestehenden gesetzlichen Rahmenbedingungen der Sozialgesetzgebung müssen an die veränder-



ten Realitäten angepasst werden. Nur dann wird gute Pflege Zukunft haben“, so Kottnik weiter.

Kern der Forderungen ist ein existenzsicherndes Einkommen für alle Pflegekräfte. „Geltendes Arbeitsrecht, also auch Tarife und kirchliche Arbeitsrechtsregelung, muss sowohl bei den Bemessungsgrundsätzen für die Vergütungen der stationären Pflegeleistungen als auch bei den Regelungen der Zulassung zur Pflege durch Versorgungsvertrag vollständig berücksichtigt werden“, erläuterte Kottnik. „Der Wert der Pflege muss anerkannt werden - ideell und finanziell.“

Auch der DEVAP-Vorsitzende Wilfried Voigt unterstrich: „Aufgabe der Politik ist es, die Grundlage dafür zu schaffen, dass unsere Pflegekräfte weiterhin qualitätsvolle Arbeit leisten und dafür angemessen bezahlt werden können. Wir brauchen eine offene und ehrliche Diskussion über den Stellenwert der Pflege und den politischen Willen, die notwendigen Weichenstellungen vorzunehmen.“ Da die Unterschriftenflut nicht abbricht, legten die Initiatoren noch eins drauf und verlängerten die Kampagne: „Wir sammeln weiter, bis die neue Bundesregierung steht, das heißt, bis zum 9. November. Alle Unterschriften, die bis dahin bei der Diakonie eingegangen sind, werden der neuen Regierung zusammen mit dem ersten Album übergeben.“